

Der Vorsitzende, Herr Waldästl, schlug vor, TOP 14 und TOP 15 aufgrund der finanziellen Bedeutung gemeinsam mit diesem Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu beraten. Er wies auf einen Änderungsbedarf in Punkt 4 des Antrages hin, auf den ihn Frau Dedenbach (Verwaltung) heute aufmerksam gemacht habe.

Dieser müsse folgendermaßen lauten:

„Der Betrieb der OGS an der Gutenbergschule soll weiterhin sichergestellt sein. Der Umsetzung der Variante 1 (48 Plätze bei 4 Gruppen á 2 Fachkräften) wird zugestimmt für das 1. Schulhalbjahr 2023/24. Zu Grunde gelegt werden die bislang geltenden Beträge in der Musterkalkulation, d.h. ohne Tarifsteigerung. Die Verwaltung wird bis zur Ratssitzung am 20.06.2023 den erforderlichen Finanzbedarf ermitteln, damit notwendige überplanmäßige Ausgaben bereitgestellt werden können.“

Es bestand Dissens im Gremium, ob die Regelung für das erste Schulhalbjahr oder für das ganze Schuljahr gelten solle.

Es bestand Einvernehmen darüber, dass die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP den Punkt so übernehmen würden. Die CDU-Fraktion trat dem Antrag bei.

Der Vorsitzende bat Frau Dedenbach (Verwaltung) näher auszuführen.

Frau Dedenbach führte aus, dass durch die Leistungsvereinbarungen zwischen Stadt und OGS-Trägern nicht nur Pflichten in Form der Leistungserbringung fixiert würden. Es müsse vielmehr auch berücksichtigt werden, dass die Kommune die Träger in die Lage versetzen müsse, die Vereinbarungen erfüllen zu können. Es sei klar, dass von Seiten des Landes das System OGS nicht ausfinanziert sei. Sie berichtete von einem Verwaltungsgespräch mit der Bezirksregierung und dem Schul- und Jugendministeriums, die sich im Ergebnis nicht zur Tarifierhöhung positioniert haben. Insofern werde wohl aus jetziger Sicht nur die 3 %ige Steigerung für die kommenden Schuljahre aufrechterhalten.

Sie wolle das Gremium hierüber informieren, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass Anfang dieses Jahres um eine angemessene Elternbeitragserhöhung gerungen wurde. Diese war notwendig und sei transparent gestaltet worden, so dass man auf sehr viel Akzeptanz der Eltern gestoßen sei. Jedoch sei zu diesem Zeitpunkt die bis zu 9%ige Tarifierhöhung nicht vorhersehbar gewesen.

Frau Borowski (SPD-Fraktion) führte kurz zum Antrag aus und machte deutlich, dass man gemeinsamen mit Trägern, Stadtschulpflegschaft, Verwaltung und Politik an einer transparenten Lösung interessiert sei. Sie bat die Verwaltung, die Frage der Förderung final zu klären. Es sei klar, dass hier das Land gefragt sei und die Kommunen dies nicht alleine schultern könnten. Punkt 4 sei bereits erläutert worden.

Herr Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) stimmte den ersten drei Punkten des Beschlussvorschlages zu, hier bestehe Konsens. Dem Punkt 4 könne die CDU-Fraktion durch die Präzisierung auf mindestens ein halbes Jahr zustimmen, da dies für die Träger vernünftig und akzeptabel sei. Daher würde die CDU-Fraktion dem Antrag in abgeänderter Form zustimmen.

Der Vorsitzende führte aus, dass die Herausforderungen gemeinsam geschultert werden müssen, da jeder möchte, dass die OGS an der Gutenbergschule fortgeführt werde. Betrachtet werden müsse jedoch auch der Gesamtkontext der OGS. Der abschließenden Entscheidung im September würde positiv entgegengesehen.

Herr Gleiß (Verwaltung) informierte darüber, dass die Verwaltung die Sommerpause nutzen möchte, um auf die Träger zuzugehen und mit ihnen gemeinsam Potenziale auszuloten und Sondierungsgespräche zu führen.

Herr Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) unterstrich die Ausführungen des Vorsitzenden. Die OGS an der Förderschule sei eine massive finanzielle Aufgabe, die gut abzuwägen sei. Daher würde man dem Antrag beitreten.

Der Vorsitzende, Herr Waldästl, leitete zur Abstimmung über.

Die Beschlussfassungen zu den Punkten 1 bis 3 des gemeinsamen Antrages erfolgten wie beantragt, Punkt 4 wurde geändert beschlossen.

Der Vorsitzende erklärte damit die Verwaltungsvorlagen durch Beschluss für erledigt. Dagegen gab es keine Einwände.